

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz

66. Sitzung
19. März 2026

Beginn: 09.02 Uhr
Schluss: 11.57 Uhr
Vorsitz: Danny Freyemark (CDU); Schriftführer

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Alexander Bertram (AfD) fragt für seine Fraktion:

„Warum soll die jahrzehntelange Nutzung des Areals Seddinpromenade/Wernsdorfer Straße 29 in Schmöckwitz zu Erholungszwecken beendet und aufgeforstet werden, obwohl die Flächen im Flächennutzungsplan nicht als Wald, sondern als Grünfläche gewidmet sind?“

Senatorin Ute Bode (SenMVKU) erläutert, dass für den Flächennutzungsplan SenStadt zuständig sei. Die Ausführungsvorschriften gestatteten es, aus Grünflächen kleiner als 3 Hektar Waldflächen zu entwickeln. Die angesprochenen derzeit privaten Gärten befänden sich auf einer Fläche der Berliner Forsten mit weniger als 3 Hektar. Die Berliner Forsten planten die Integration der Fläche in den umgebenden Wald. Eine Aufforstung sei nicht vorgesehen. Damit stehe die Fläche der breiten Bevölkerung für Erholung zur Verfügung und erhöhe die biologische Vielfalt.

Alexander Bertram (AfD) fragt nach, warum die Situation angesichts der Kritik nicht wie bisher belassen werde.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) stellt klar, dass die Mietverträge geregelt hätten, dass die landeseigenen Flächen nach Mietende zu beräumen seien und acht der Verträge am 31.10.2030 ausliefen. Die Flächen würden wieder allen Berlinern als Erholungsflächen zur Verfügung gestellt.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) fragt für seine Fraktion:

„Im Hinblick auf die Veranstaltung in den Nordischen Botschaften am Dienstag zum Thema „Dekarbonisierung der Fernwärme“ fragen wir den Senat, welche Erkenntnisse aus dem dänischen Ausstieg aus der Biomasse in der Fernwärmeerzeugung für Berlin abgeleitet werden können.“

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erläutert, dass der Biomasseanteil mit 60 Prozent an der Fernwärme in Dänemark deutlich höher sei, als das Wärmeplanungsgesetz in Deutschland mit maximal 15 Prozent erlaube. In Dänemark gebe es Bestrebungen, dies zu ändern, aber derzeit gebe es noch keine übergreifenden Planungen für einen Ausstieg aus der Biomasse.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) wirft die Frage auf, inwiefern die geplante stärkere Nutzung von Biomasse in Berlin angesichts der steigenden Preise für Energieholz ein finanzielles Risiko darstellten. Eine Unabhängigkeit von den Energiemärkten gelinge dadurch nicht. Kopenhagen zeige, dass Großwärmepumpen den Ausstieg aus der Biomasse ermöglichen.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) führt aus, dass Biomasseheizkraftwerke aufgrund der noch nicht erreichten Autarkie eine Übergangstechnologie seien. Die weitgehende Autarkie werde aber angestrebt. Tiefe Geothermie solle einen Beitrag leisten. Das Potenzial werde derzeit ermittelt und könne dadurch, dass Berlin das gesamte Stadtgebiet als Fördergebiet erhalten habe, maximal gehoben werden

Linda Vierecke (SPD) fragt für ihre Fraktion:

„Warum zieht sich der Start des beliebten Reparaturbonus für instandgesetzte Elektrogeräte bis nach Ostern hin, obwohl doch der Bonus im letzten Jahr lief und ausbezahlt wurde?“

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erläutert, dass es Verzögerungen bei der Prüfung der Programme 2024 und 2025 durch den Rechnungshof gegeben habe. Die Prüfungsmittel liege mittlerweile vor. Die SenMVKU prüfe Einwände auf Stichhaltigkeit und wie diese in der Fortsetzung des Programms eingearbeitet werden könnten.

Linda Vierecke (SPD) fragt nach, ob zugestimmt werde, dass es Anreize zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft in Berlin brauche.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) unterstreicht, dass die Kreislaufwirtschaft unterstützt werde und die Reparatur von Gegenständen ein wichtiger Beitrag sei.

Dr. Michael Efler (LINKE) fragt für seine Fraktion:

„Welche Strategie und Optionen verfolgt der Senat bei der Entwicklung von Lösungen für Prüfgebiete der Wärmeplanung?“

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erläutert, dass der Senat nur unterstützend tätig sein könne. In den Prüfgebieten werde die Wärme über eine dezentrale Versorgung oder Nahwärmenetze bereitgestellt. Dies sei von den Entscheidungen der Gebäudeeigentümer und möglichen Initiativen von Energieversorgern abhängig. Der Wärmeplan werde Maßnahmensteckbriefe etwa zur Stärkung von Akteuren für lokale Wärmenetze wie Unterstützungsangebote für bürgerschaftliche Nahwärmeprojekte beinhalten.

Dr. Michael Efler (LINKE) weist hin, dass ein Problem sein werde, Akteure zu finden, Nahwärmenetze umzusetzen. Könnte ein landeseigenes Unternehmen dezentrale Nahwärmenetze entwickeln?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) merkt an, dass der Wärmeplan konkrete Empfehlungen beinhalten werde. Öffentliche Gebäude und Unternehmen seien im Fokus.

Der **Ausschuss** schließt die Aktuelle Viertelstunde ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) berichtet, dass die Veranstaltung in der dänischen Botschaft zu Fernwärme und Wärmewende der Beginn eines Austausches sei, um von Dänemark lernen zu können. – Das Verwaltungsgericht Berlin habe eine Klage des BLN für einen verstärkten Moorschutz abgewiesen. Die Kläger befürchteten Schäden aufgrund der Grundwasserentnahme durch die BWB und forderten eine Beschränkung, Mindestgrundwasserstände sowie Naturschutzaufgaben für die Wasserwerke Friedrichshagen, Spandau, Beelitzhof und Tiefwerder. Das Verwaltungsgericht sehe aber keinen Verstoß gegen umweltbezogene Rechtsvorschriften. Die Wasserentnahme sei rechtmäßig. Die ergriffenen Maßnahmen zum Schutz der Moore seien ausreichend. – Außerdem habe in diesem Jahr der 38. Deutscher Naturschutztag in Berlin erfolgreich stattgefunden. 1 750 Teilnehmer und 330 Organisationen hätten an Fachforen und Exkursionen teilgenommen. Berlin habe sich als kompetenter und engagierter Gastgeber präsentiert. Themen seien gewesen die Beziehung von Mensch und Natur, Stadtnatur und klimaresiliente Städte, Landschafts- und Flächenschutz, Monitoring und Datennutzung im Naturschutz, Finanzierung und Förderung sowie rechtliche Entwicklungen. Es sei deutlich geworden, dass Naturschutz ressortübergreifend, praxisnah und integrativ umgesetzt werden müsse. – Des Weiteren habe die Veranstaltung 111 Jahre Dauerwaldvertrag stattgefunden. Die Kernbotschaft der Veranstaltung sei, dass der Berliner Wald maßgeblich zur Kühlung, Luftreinhaltung und zur Gesundheitsvorsorge beitrage und zentrale Infrastruktur für die Klimaanpassung sei. Heute verantwortungsvoll handeln, um Lebensqualität zukünftig zu sichern, werde im Rahmen der Waldentwicklungsgrundsätze und Waldvision 2065 konsequent umgesetzt.

Benedikt Lux (GRÜNE) fragt nach, ob die BLN weitere Rechtsmittel eingelegt hätten. Seien nicht öffentlichen Vereinbarungen zwischen den BWB und der SenMVKU Grundlage des

Urteils gewesen? Welchen Zeitplan habe die SenMVKU dafür, Naturschutz einzuhalten, vor dem Hintergrund, dass es keine Genehmigung für die Wasserwerke gebe? – Werde zugestimmt, dass auch ohne Anspruch mehr für den Naturschutz dort gemacht werden könne? – Die Kläger seien nur deswegen unterlegen, weil die SenMVKU angekündigt habe, in zwei bis fünf Jahren weitere Naturschutzmaßnahmen zu ergreifen.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) bittet um Auskunft, ob es realistisch sei, dass das BENE-2-Programm über das Sondervermögen gestärkt werde, um zukünftig Nahwärmegenossenschaften wieder darüber fördern zu können.

Frank-Christian Hansel (AfD) fragt nach, inwiefern der Senat zur Kenntnis nehme, dass Dänemark prüfe, wieder in die Kernenergie einzusteigen.

Linda Vierecke (SPD) bittet darzustellen, welche Vorgaben der Senat den BWB zur Wasserentnahme in Naturschutzgebieten machen wolle.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, dass ihr noch nicht bekannt sei, ob die Kläger Berufung einlegten oder nicht. Das Verwaltungsgericht habe klargestellt, dass das Handeln der BWB und der SenMVKU rechtmäßig sei und keine weiteren Maßnahmen erforderlich seien. Der Schutz der Moore und der FFH-Gebiete sei durch die geschlossene Vereinbarung mit den festgelegten Förderhöchstmengen und Maßnahmen wie künstliche Bewässerung und Pflege gewährleistet. Sollte es sich zeigen, dass weitere Maßnahmen nötig seien, werde eine neue Vereinbarung getroffen. – Es werde geprüft, ob und wie mit dem Sondervermögen eine Förderung für Nahwärmegenossenschaften zur Verfügung gestellt werden könne. – Das BENE-2-Programm werde derzeit neu ausgerichtet, um über andere Instrumente BENE-2-Förderprojekte weiter fördern zu können. – Dänemark erkenne den menschengemachten Klimawandel an und setzten auf verschiedene Lösungen zur Energieversorgung. Das werde zur Kenntnis genommen.

Der **Ausschuss** schließt den Tagesordnungspunkt ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0291](#)
Zukunft der Berliner Wälder – Perspektiven und UK
Handlungsbedarfe prüfen
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Stopp des Mischwaldprogramms und „Denkpause“
– wie geht es weiter mit dem Waldumbau in Berlin?**
(auf Antrag der Fraktion der AfD)

[0171](#)
UK

Vertagt

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/2888
**Klimaanpassungsgesetz umsetzen:
Baumschutzverordnung novellieren!**

[0288](#)
UK

Vertagt

Punkt 6 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Entsiegung vorantreiben –
Klimaanpassungsmaßnahmen stärken**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Auf dem Weg zur Netto-Null-Versiegelung bis 2030
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0162](#)
UK

[0094](#)
UK

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 25.04.2024

Vertagt

Punkt 7 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Zukünftige Klimaentwicklungen in Berlin-
Brandenburg: Was erwartet uns?**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Klimakrise und Klimazukunft: Szenarien für die
Region Berlin-Brandenburg**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0205](#)
UK

[0091](#)
UK

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 10.10.2024

Vertagt.

Punkt 8 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.